

der Partei nichts ändern. Deutschnationaler Zukunft beruht auf der treu nationalen Gestaltung aller Volksteile. Es ist nicht recht verständlich, daß Herr Hergt glauben kann, er könne sich auf Außenpolitik national zusammenzufügen — wie das eine der wichtigsten Aufgaben der Deutschen Demokratischen Partei ist — entziehen. Hergt schließt seinen Brief: „Meine Überzeugung, daß kein politisch gerechtes, von Stimmungen und Interessen unabhängiges Urteil anders als demokratische Wege für unsere Politik finden könne, wird durch meine Trennung von der Partei nicht erschüttert. Ich hoffe auch hierin auf die Zukunft und wäre glücklich, wenn meine freundschaftlichen Beziehungen innerhalb der Partei durch meinen Schritt ebensowenig beeinträchtigt würden wie meine persönliche Hochachtung und Verehrung für ihren Vorsitzenden.“

Die Reichspressen schreiben sichlich erfreut: „Auch Hergt verläßt die Demokraten!“ Wir leben in dem Ausruf Dr. Hergts für die D. D. P. keinen Verlust. Und wer die Kämpfe kennt, die Hergt gegen Duldung geführt hat, wird seinen Entschluß nicht bedauern.

Deutschnationaler Kampf gegen Reinhold.

Hergts Wäbhr in Haushaltsauschuss.

Die Deutschnationalen haben sich in ihren Oppositionsgruppen seit einiger Zeit den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold als Angriffsobjekt ausgesucht. Die deutschnationale Attade wurde mit Pressenangriffen eröffnet, in denen behauptet wurde, daß das Defizit heute nach den geringen Ausgaben schon 300 Millionen betrage, daß es sich voraussichtlich aber höher stellen und mindestens bis auf 5-600 Millionen Mark anheben würde. Dieser Fehlbetrag sei entstanden, obwohl der Reichsfinanzminister die Erparnisse der Jahre 1924 und 25 bereits erschöpft habe. In dasselbe Horn hat auch der deutschnationale Abgeordnete Hergt geblasen, und er hat sich daraufhin vom Reichsfinanzminister am Mittwoch voriger Woche in den Reichstag eine erste Wäbhr geholt. Aus der damaligen Darstellung Reinholds ergab sich, daß alle diese Behauptungen über die Finanzlage des Reiches völlig unrichtig seien. Trotzdem ist Herr Hergt in der Sitzung des Haushaltsauschusses des Reichstags erneut zum Angriff vorgegangen, bei dem sich aber nur wiederum zeigte, daß auch seine erneuten Angriffe gegen die Finanzverwaltung des Reiches einer eingehenden Fundierung durchaus entbehren. Herr Hergt ging nun von ganz unzutreffenden Voraussetzungen aus, wobei ihm noch verschiedene Verwechslungen hinsichtlich der haushaltsmäßigen Behandlung der Rentenbestände, im Vergleich zu dem Bild, das der Haushaltsplan als solcher abgibt, unterliegen.

Der Reichsfinanzminister wies in seinen Ausführungen vom 28. Juni darauf hin, daß die Finanzen sich nur in Ordnung halten lassen, wenn keine neuen Ausgaben mehr getrieben werden. Der Reichshaushalt könne in diesem Jahre ohne Defizit abgeschlossen werden, wenn die Wirtschaftslage im Laufe des Jahres keine weiteren Rückschläge erleidet, zweitens daß der Reichstag die Reichsregierung nicht zu neuen Ausgaben drängt. Nach diesen Voraussetzungen kann aber sicher damit gerechnet werden, daß der Etat ohne Defizit abschließen wird. Wenn jetzt gesagt wird, daß die Ausgabe von 400 Millionen Schahanweisungen infolge einer leichtsinnigen Finanzgebarung notwendig geworden sei und daß diese Schahanweisungen gewissermaßen das letzte Mittel darstellten, um die Reichsfinanzen in Ordnung zu halten, so hat demgegenüber der Reichsfinanzminister treffend daraufhinweisen können, daß schon lange vor Annahme der Steuererminderungen durch den deutschnationalen Finanzminister von Schliebs in den Etat ein Zinsbetrag von 20 Millionen Reichsmark aufgestellt worden war, der der Ausgabe von Schahwecheln dienen sollte. Dieser Zinsbetrag von 20 Millionen Reichsmark entspricht einer Ausgabe von 400 Millionen Mark Schahanweisungen, wenn man der Berechnung eine siebenprozentige Verzinsung zu Grunde legt und berücksichtigt, daß die Ausgabe der Schahanweisungen erst im Laufe des Jahres erfolgen hat, die Zinszahlen also nicht für das ganze Jahr berechnet sind. Der Reichsfinanzminister hat mit Recht den Vorwurf zurückgewiesen, daß erf seine Finanzpolitik die Notwendigkeit geschaffen habe, Schahanweisungen in dem veranschlagten Betrage herauszugeben. Dr. Reinhold hat vielmehr beteuert, daß im Augenblicke gar keine Notwendigkeit vorliege, zur Begebung von Schahwecheln zu schreiten.

Durch die ausgesprochenen und klaren Ausführungen des Reichsfinanzministers allein und durch die von ihm in einzelnen gezeigten genauen Zahlen sind die Angriffe des Herrn Hergt inslagend widerlegt worden. Im übrigen bestand im Haushaltsauschuss allgemein das Gefühl, daß der erneute Vorstoß Hergts gegen seinen frühesten Angriffen im Plenum schon wesentlich abgeschwächt geführt wurde. Der Haushaltsauschuss war von den Ausführungen des Reichsfinanzministers, wie aus den Äußerungen der einzelnen Redner hervorging, vollkommen befriedigt.

Unbefriedigt ist Herr Hergt und die deutschnationale Presse. Das Magdeburger deutschnationale Blatt, das seine Kritik dem Wohlwollen des Herrn Hugenberg verdankt, bemerkt:

Dr. Reinhold, der gewissermaßen von der Finanzpolitik von Schliebs lebt, scheint reichlich optimistisch zu sein. Das große „Wenn“ ist aber eben die traurige Lage der Wirtschaft, und es wird nicht mehr lange dauern, daß Herr Reinhold in die Klemme gerät, denn an eine Besserung der Wirtschaftslage ist nicht zu denken, und im kommenden Winter werden weitere Rückschläge aller Voraussicht nach erfolgen.

Es ist mehr als kühn zu behaupten, der Demokrat Reinhold lebe von der Finanzpolitik des Herrn von Schliebs. Gerade dieser deutschnationale Finanzminister hat

mit seiner Politik die Lage der Wirtschaft wesentlich verschlechtert. Die steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft sind ein Werk Dr. Reinholds, der mit seinen vor-

sichtigen Maßnahmen die Finanzen in Ordnung halten wird. Der Kexer der deutschnationalen Presse über die Geistesfreiheit Dr. Reinholds ist erklährt.

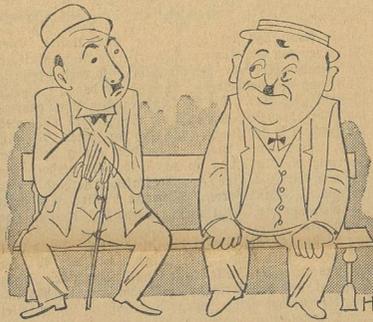
Demokratische Frauentagung in Erfurt

Zu der Reichstagsung der deutschen demokratischen Frauen, die am 25. und 26. Juni in Erfurt stattfand, war eine überaus große Anzahl von Frauen als Delegierte aus allen Teilen des Reiches erschienen. Unter den Delegierten fanden sich von den Parlamentarierinnen der Partei u. a. D. Gertrud Bäumer, Dr. Marie Elisabeth Lüders, Martha Dönhoff und Dr. Gertrud Klausner, sowie weitere weibliche Angehörige der Landesparlamente und der kommunalen Körperschaften. Am Vorabend der Tagung begrüßte die Vorsitzende der Erfurter Frauengruppe, Käthe Weisbach, die erschienenen Gäste.

Die eigentliche Tagung wurde durch die Vorsitzende des Reichsfrauenauschusses der Deutschen Demokratischen Partei, Martha Dönhoff eröffnet, die an die Worte Rollands anknüpfte: „Nicht das Erreichte ist unser Streben, sondern unser Glaube“. Reichstagsabgeordneter Erelenz überbrachte die Grüße des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei und der demokratischen Reichstagsfraktion, für die Thüringer Demokraten sprach Friede-Erurt, für die Thüringer Landtagsfraktion Dr. Marie Schulz-Gera. Die Wiener demokratischen Frauen hatten ein Glückwunschtelegramm geschickt.

Der erste Tagungsteil beschäftigte sich mit außenpolitischen Fragen. Dr. Marie Elisabeth Lüders sprach über: „Organe und Aufgaben der Außenpolitik“. Auf diesem Gebiete der Politik, so führte sie aus, ist die Gefahr des Schlagwortes so groß, wie in der Außenpolitik. Außenpolitik ist kein Handwerk, sondern eine Kunst. Begeisterung allein genügt nicht, Tatbereitschaft ist vor allem nötig. Außenpolitisches Wirken ist nur möglich bei Kenntnis der innerpolitischen Zusammenhänge. Die Staatsform ist von

Partier Gespräch.



„Ich habe meinen Jungen eben weggeschickt, Englisch zu lernen.“

„Nach London?“

„Nein, auf die Boulevard! Da ist ja heute halb London!“

.....
Bedeutung für die Richtung, die Schlagkraft und das Ziel jeglicher Außenpolitik. Die Rednerin ging dann auf die Bedeutung der internationalen Schiedsgerichte und der Abrüstungstragen ein, sie erörterte das Selbstbestimmungsrecht und zeigte schließlich die Bedeutung der Kulturpolitik für die Außenpolitik.

Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichsfrauenauschuss fordert die Partei auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, 1. daß die dem europäischen Kulturaustausch dienenden Einrichtungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst und Pädagogik durch die deutsche Regierung in ganz besonderem Maße gefördert werden als bisher. 2. daß die Mitarbeiter Deutschlands in den Organen des Völkerbundes systematisch vorbereitet wird. 3. daß bei der Pflege der internationalen Beziehungen die wertvollen und wirksamen Verbindungen durch Frauenorganisationen ganz anders als bisher beachtet und daß im amtlichen diplomatischen Dienst Frauen verwendet werden.“

Bei der Erörterung der geschäftlichen Fragen erarbeitete die Geschäftsführerin des Reichsfrauenauschusses Gertrud Wittstock-Berlin den Organisationsbericht. Sie wies auf die große Arbeit hin, die seit der Frauentagung 1924 geleistet worden ist. Heute sind in allen Wahlkreisen Hauptvertrauensfrauen vorhanden. In 700 Orten stehen Vertrauensfrauen in Verbindung mit dem Reichsfrauenauschuss. Der Hauptwert der Arbeit wird auf die Erweckung des Interesses an politischen Fragen gelegt, damit verbunden ist die Werbung für die demokratische Idee und endlich die Schulung zur aktiven Teilnahme an der Politik.

In der Aussprache wurde die Mitarbeit der demokratischen Frauen in den neutralen Frauenevereinen gefordert. Diese Mitarbeiter soll nicht den Zweck haben, Parteipolitik in die neutralen Frauenevereine hineinzutragen, sondern im Gegenteil diese Organisationen der Parteipolitik fernzuhalten und um sie für die Aufgaben der Staatspolitik, die sie leisten müssen, bereitzumachen.

Im Anschluß an diese Erörterungen wurden eine Anzahl von Entschließungen angenommen, u. a. ein Antrag über die Sonntagsgesetze, der von der demokratischen Frauengruppe Stuttgart eingebracht worden war.

„Die Reichsfrauentagung der D. D. P. in Erfurt richtet an die Reichstagsfraktion der D. D. P. die dringende

Bitte, sich den Bestrebungen auf Erweiterung des Sonntagverzehrs mit allem Nachdruck zu widersetzen. Wir vertreten den Standpunkt, daß die reichsgesetzlich zugelassenen Ausnahmeseitungen dem Bedürfnis nach Sonntagsgesetzen auch in ländlichen Gegenden genügen müssen und lehnen eine Verheerung der Arbeitsträfte und Angestellten aus gesundheitlichen, sozialen und ethisch-religiösen Gründen ab.

Die demokratische Fraktion der Landtagsparlamente bitten wir, sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden reichsgesetzlichen Bestimmungen und für ihre gleichmäßige Durchführung einzusetzen. — Die Frauen als Käuferinnen rufen wir auf, den Anspruch des Berufsstandes auf Sonntagruhe anzuerkennen und durch ihr Verhalten ihr Weiterbestehen in bisheriger Umfang nicht zu gefährden.“

Zur Berufsschulpflicht wurde der nachstehende Antrag der Gruppe Breslau einstimmig angenommen: „Die deutschen demokratischen Frauen leben in der Durchführung der dreijährigen Berufsschulpflicht für Mädchen eine wertvolle und im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendige Erziehungsarbeit. Sie fordern daher, daß in allen deutschen Ländern Berufsschulpflicht für Mädchen entsprechend der Reichsverfassung aufgebracht und ausgebaut werden.“

Einzelne wurde nach auf Antrag der Niederösterreichischen Frauen einstimmig beschlossen, die Deutsche Demokratische Fraktion des Landtages zu ersuchen, im Verlaufe ihres am Landtag angenommenen Antrages auf Berechtigung von Müttern zur Hebung der deutschen Obst- und Gemüseerzeugung mit allem Nachdruck die Errichtung eines Lehr- und Fortbildungsinstitutes für Obst- und Gemüsebau in der Provinz Niederösterreich als einem hervorragenden landwirtschaftlichen Produktionsgebiete zu betreiben.

Bei den vorgenommenen Voten wurde Maria Dönhoff-Solt einstimmig als erste Vorsitzende, Dr. Marie Elisabeth Lüders als zweite Vorsitzende und Stadträtin Luise Kießbach als dritte Vorsitzende des Reichsfrauenauschusses wiedergewählt.

Am Sonntagvormittag hielt der Vorsitzende der Parteivorstände, der demokratische Reichstagsabgeordnete Erelenz einen Vortrag über: „Kritik und Verbesserung der Sozialpolitik“. Die große Streikfrage, die es hier zu entscheiden gelte, sei die, zwischen Selbstverwaltung und bürokratischer Verwaltung. Die ersten Väter der deutsche Sozialpolitik finden sich schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Sie betonen insbesondere das Recht der freien Organisationen und die Formen der Krankenversicherung. Die ursprüngliche Form der Krankenversicherung war durchaus frei. Die Verantwortung und wie man sich versichern wollte, lag bei den Personen, die sich versicherten. Der damalige Kampf um die freie Hilfe war ein Kampf um den Grundcharakter der deutschen Sozialpolitik. Erst als Bismarck das Schutzwesen seiner Macht für die mehr bürokratische Form in Versicherung in die Maßnahme warf, verlor die freie Hilfe, die freie Selbsthilfe, an Ansehen und es entstand die freie Hilfe der öffentlichen Hand, was er heute in Deutschland haben. War diese Entwicklung richtig? Sie war nicht richtig in der Zeit des Christenlebens. Der Diktatorstaat sah in den freien Selbsthilfeorganisationen die Feinde der demokratischen Entwicklung. — Diese demokratische Entwicklung wollte er zerstören. — Das konnte ihm nur gelingen, wenn er sich von ihm herab in die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer einmischte und den letzteren eine gewisse Fürsorge anzubieten ließ, ohne ihnen das Recht der demokratischen Selbstverwaltung anzuerkennen. Diese sozialistische Sozialpolitik war deshalb der Versuch, mit sozialistischen Mitteln die Entwicklung zur Demokratie aufzuhalten. Dieser Versuch ist nur vorübergehend gelungen. Die Demokratie ist heute da. Nun erhebt sich die Frage wieder die alte Fragestellung von 1878: „Bürokratische Sozialpolitik oder soziale Selbstverwaltung?“ Die Arbeitnehmerhaftung habe sich leider an den Gedanken der bürokratischen Sozialpolitik schon gewöhnt, daß sie die Fragestellung noch garnicht recht erfasse. Der demokratische Staat kann aber nicht bestehen, wenn er zu einem Gängelstaat seiner Bürger werde. Der freie Bürger muß sich selbst helfen. Die deutsche Sozialpolitik bedarf eines Umbaus zur sozialen Selbstverwaltung!

Im weiteren Verlauf der Tagung sprachen dann die Referenten des Landarbeitantes Württemberg Ludwig Bruch-Stuttgart über „Die Arbeitsvermittlung im Teil der Sozialpolitik“ und Dr. Marie Baum-Karls über „Die Sozialpolitik in ihrer Bedeutung für die Frau und die Familie.“

Nach einer überaus anregenden Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Reichsfrauenauschuss eruchtet den Parteivorstand darauf zu dringen, daß der das Volksleben bedrohenden Wohnungsnot allen Mitteln entgegengetrieben wird. Als dann die Wege hierzu werden bezeichnet:

1. Die Länder und Gemeinden sind zur Aufstellung von Bauprogrammen zu verpflichten, wonach höchstens zehnjähriger Frist die örtlich erforderliche Zahl von Wohnungen hergestellt werden soll.
2. Zur Beschaffung der Geldmittel müssen alle öffentlichen Quellen beansprucht werden, — Steuermindestens im Betrage des Einkommensausgleichssteuer, ferner die flüssigen Mittel Landesversicherungsanstalten, entsprechend der kürzlich gestiegenen Entlastung des deutschen Staates.
3. Alles auf Entzerrung und Normalisierung des Wohnungsbau abzulebenden Bestrebungen sind zu fördern.“

Aus Parlamenten und Parteien

Verlegung der Provinzialverwaltung. Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat in seiner Sitzung vom 30. Juni den Landeshaupmann beauftragt, wegen einer Verlegung der Provinzialverwaltung in eine der drei Großstädte Magdeburg, Halle und Erfurt mit den Magistraten derselben in Verhandlung zu treten.

Die Hochwasserkatastrophe. Hilfsaktion des Reiches und der preussischen Staatsregierung.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Professor Bergsträßer, der gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Hummel und Dr. Koch im Reichstag den Antrag auf Verlegung der Hochwasserbehörden eingebracht hat, und dessen Wahlkreis in seinem westlichen Teile von dem Hochwasser der Elbe besonders hart betroffen ist, macht dem „Demokratischen Weltanschauung“ auf Grund einer Interaktion mit den zuständigen Stellen über die Lage und die zu treffenden Maßnahmen folgende Mitteilung: Die Hochwasserkatastrophe, unter denen verheerendsten deutsche Katastrophen seit Jahren leiden, haben ihre eigentliche Ursache in abnormen Witterungsverhältnissen. Das gilt besonders für die letzte Zeit, die der Jahreszeit nach ganz ungewöhnlich ist. Um so schwerer sind die wirtschaftlichen Schäden, denn das Hochwasser ist gerade zwischen Heuereute und Getreide- und Futterfrüchte eingetreten. Es ist also der Schaden für dieses Jahr überhaupt nicht mehr zu beheben.

Bei den Maßnahmen, die zu ergreifen sind, wird man zu berücksichtigen haben, daß ein Teil des Schadens sich erst in einigen Wochen mittelbar auswirkt. Es ist der größere Teil; der geringere muß sofort behoben werden. Er erstreckt sich hauptsächlich darauf, daß in weiten Kreisen des betroffenen Gebietes, besonders in der Provinz, auch im Bezirk Magdeburg, D. A., die ganzen Futtermittel vernichtet sind. Infolgedessen sind die Bauern gezwungen, ihr Vieh, besonders ihr Jungvieh anderweit, zum Teil in anderen Kreisen und Landesteilen in Pension zu legen. Die daraus erwachsenden Kosten können sie nicht tragen, da ihre übrige Ernte zu minderbeträchtiger Beschädigung ist. Unmittelbar vernichtet ist sicher die Ernte an Frühkartoffeln und an Gemüse, was besonders im Spreewald sich auswirkt. Die anderen Schäden treten erst ein, wenn die Getreideernte zu übersehen ist, also etwa um Mitte August. Die unmittelbaren Schäden zu beheben wird im wesentlichen Aufgabe der örtlichen Instanzen sein, aber für die Entschädigung aufzukommen, sind diese natürlich nicht in der Lage. Hier wird der preussische Staat einzutreten haben, der jetzt schon zu einer Hilfsaktion großen Stiles entschlossen ist, die wohl wesentlich von dem zuständigen Verpräsidenten geleitet werden wird. Aber auch das reicht nicht aus; genau so wie das Reich bei dem Hochwasser im November im letzten Jahre drei Millionen Mark außerordentlicher Beihilfe bewilligt hat, wird es nach Lage der Verhältnisse auch nach Maßgabe des entstandenen Schadens auch jetzt einspringen müssen. Der Antrag der demokratischen Fraktion weist hierzu den Weg. Um eingeleitet werden können, muß die Reichsregierung erst festgestellt werden können, wenn amtliche Kommissionen die Schäden festgestellt haben. Das ist erst möglich, wenn die Frist sich verläuft hat.

Das Hochwasser an Elbe und Oder. Demokratische Forderungen nach Hilfe.

Dr. Bergsträßer, Dr. Ang. Hummel, Koch-Weber und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben nachstehenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um die durch das Hochwasser im Gebiete der mittleren Elbe entstandene Not zu lindern. Herrmann (Breslau), Schmitz und die übrigen Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion der deutschen Demokratischen Partei brachten folgenden Antrag:

Die ungunstigen Wetterverhältnisse der letzten Monate - Wollenbrüche und schwere Unwetter - haben besonders in den Provinzen Oder- und Niederrieselien zu erschwerenden Ueberschwemmungen geführt und den Strömungen sowie auch der Landwirtschaft weiter beträchtliche Schäden zugefügt. Sofortige und umfassende Hilfe ist erforderlich.

- 1. Durch vorliegenden Anträgen wird sowohl die Reichsregierung wie auch das Preussische Staatsministerium zu Nothstandsmaßnahmen aufgefordert.
- 2. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, im Einklang mit der Reichsregierung sofort geeignete Maßnahmen zur Hilfe für die Betroffenen einzuleiten, insbesondere:
 - durch umgehende Feststellung der entstandenen Schäden,
 - durch Bereitstellung zinsloser Kredite, die den Geschädigten auf kürzestem Wege mittelbar zu Gute gestellt werden,
 - durch Wiedererschlagung von Steuern, wobei durch sofortige Stundung der im gegenwärtigen Zeitpunkt fälligen Steuerleistungen vorzugreifen ist.

Reichsminister Dr. Aulß am Grabe Rathenaus.

Das Auswärtige Amt scheidet Schwarz, Rot-Gold. Am Jahrestage der Ermordung Rathenaus erschien Reichsminister des Innern Dr. Aulß in Begleitung des Ministerialdirektors Brest am Grabe Rathenaus und legte einen Kranz mit einer Schleife in den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik nieder. Das Auswärtige Amt hatte für den ermordeten Reichsminister des Innern ebenfalls einen Kranz überlegen lassen; merkwürdigerweise aber war dieser

Kranz nicht mit einer Schleife in den Reichsfarben geschmückt, sondern das Auswärtige Amt hatte eine weiße Bandtschleife für seinen Kranz gewählt.

Am Grabe des wegen seines Eintretens für die deutsche Republik ermordeten Ministers sollten schon aus Gründen des politischen und menschlichen Tactes keine anderen Farben gezeigt werden als die der Republik. Im übrigen sollte es doch selbstverständlich sein, daß die amtlichen Stellen des Reiches bei allen ihren Kundgebungen auch die Farben des deutschen Reiches zeigen.

Dr. Herrmann als Siebzehnjähriger.

Ein alter Fortkämpfer für Freiheit und Demokratie, Dr. Herrmann, Danzig, beging am 24. Juni seinen 70. Geburtstag. Dr. Herrmann hat 35 Jahre als Chefredakteur der liberalen Danziger Zeitung erfolgreich gewirkt. Vor dem Kriege gehörte er als preussischer Landtagsabgeordneter der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei an und war u. a. mit dem berühmten Generaldirektor Rudolf Deier sehr befreundet. Der Siebzehnjährige, der sich einer beinahe wundertätigen geistigen und körperlichen Gesundheit erfreut, ist heute noch an führender Stelle im politischen Leben der freien Stadt Danzig tätig. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat dem bewährten Freunde, der auch außerhalb der Reichsgrenzen stets für die national-freieitlichen Ideale eintritt, ein herzliches Glückwunschk Telegramm überjandt.

Gegen Erhöhung der Futtergetreizeölle.

Der niederländische Müller-Zunftsverband hat an die Reichsregierung und an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der dringlicher Einspruch gegen die beabsichtigte Erhöhung der Zölle auf Futtergetreide und Mais geltend gemacht wird. Für die Müller und für hunderttausende von Bauern ist es eine Lebensfrage, daß die Futtermittel nicht durch Zölle verteuert werden. Sie verlangen Berücksichtigung und erheben Protest gegen die einseitige Bevorzugung der Großgrundbesitzer.

Basernschaft und Reichslandbund.

Wie in vielen Teilen des Reiches ist namentlich auch in der Niederlausitz eine vom Großgrundbesitz unabhängige selbständige Bauernorganisation ins Leben getreten. Am vergangenen Sonntag wurde die Gründung der „Niederlausitzer Bauernschaft“ vor führende Bauernvertreter der Niederlausitz unter Mitwirkung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe in Cottbus vollzogen. Die wirtschaftliche Notlage, das Bestehen des Landbundes auf allen Gebieten, insbesondere seine einseitige parteipolitische Betätigung zwangen die Bauernschaft zu diesem bedeutungsvollen Schritt.

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Ein „nationaler Ordnungsbund“ vor Gericht.

Halle. Bei den letzten Provinziallandtagswahlen wurden von einem sogenannten „Nationalen Ordnungsbund“, dem Deutschland, Volkspartei und Landbund angehört, Flugblätter verbreitet, die wegen ihres verheerenden Inhalts der polizeilichen Verfolgung verfielen. In der Hauptsache richteten sich diese Beleidigungen gegen sozialdemokratische höhere Regierungsbeamte, insbesondere gegen den Regierungspräsidenten Dr. Gröhner, der infolge obiger Klage erhob. Vor Gericht fanden 14 Angeklagte, darunter der Hauptverfasser der völkischen „Halleischen Zeitung“, Adolf Lindemann, und der Vorsitzende des Landesverbandes der Deutschen Volkspartei, Dr. Carlsson. Der als Nebenkläger zugelassene Regierungspräsident Dr. Gröhner legte unter Eid dar, daß die gegen ihn seit Jahr und Tag gescheuerten Verleumdungen, er sei in seinem früheren Wirkungskreise Nilsdorf an Säbers- und Pfämen-Isidoren beteiligt gewesen, von den Angeklagten in böswilliger Absicht auch in den Flugblättern wiederholt seien. An den Beschuldigungen sei kein wahres Wort. Der als Zeuge vernommene Landgerichtsdirektor Simonson-Köln bestätigte die Aussage und befandete, daß man von der Lauterkeit der Handlungsweise des Regierungspräsidenten Dr. Gröhner völlig überzeugt war und daß er nur das Beste gewollt habe, um sein Gebiet in schwerer Zeit mit Lebensmitteln zu versorgen.

Nach 14stündiger Sitzung kam hierauf das Gericht zur Beurteilung sämtlicher Angeklagten, wobei die Frage, ob die von den Angeklagten aufgestellten Behauptungen erweislich wahr seien, vom Gericht verneint wurde. Die Angaben in den Flugblättern mußten den Regierungspräsidenten beleidigen und seien in der Absicht einer Beleidigung hineingebracht worden. Der Schutz des § 193 könne den Angeklagten nicht zugewilligt werden. Die Angeklagten wurden zu insgesamt 3500 M. Geldstrafen verurteilt.

Viele unserer Leser werden sich jener Flugblätter, von denen ein Teil schon angeführt war, ehe die Behörde eingreifen konnte, erinnern. Mit dem Urteil, es gehöre zu den schäblichsten Erfindungen im politischen Kampf, den politischen Gegner mit derartigen Waffen zu bekämpfen, hielt man damals nicht zurück. Und es war auch auf die politischen Gepflogenheiten eines sogenannten „Nationalen Ordnungsbundes“ ein bezeichnendes Licht, daß er sich eine Kampfesweise zu eigen machte, die mit der persönlichen Ehre politisch Andersdenkender auf das leichtfertige umging. Aber gerade dies scheint in Halle in jenen Schichten, die es angeht, immer mehr Mode zu werden und muß umso abschouender wirken, weil es von sogenannten gebildeten Kreisen ausgeht. Leute, die ihrer Auffassung nach nationale Gesinnung in Kleinbüß haben, glauben dies damit beweisen zu können, daß sie jeden politisch Andersdenkenden verdächtigen und kränken. Das geht soweit, daß solche angeblich national erstklassige Gesinnung vielfach sogar zum Dekament für eigene gesellschaftliche

liche Unmoral gebraucht und ohne Anstoß hingenommen wird. Damit ein Ende zu machen, wäre höchste Zeit. Aber bisher sind Anzeichen für eine Ab- und Umkehr noch nicht vorhanden.

Luftensbühnen.

Halle. Frau Dr. Else Lüders, die Führerin der deutschen Delegation auf der Internationalen Frauenstimmrechtskonferenz in Paris, mußte sich in der „Halleischen Zeitung“ gegen niedrige und unehrenhafte Angriffe von politisch rechts gerichteten Mitgliedern dieser Delegation verwehren. Die Angreiferinnen waren empört darüber, daß Else Lüders in Paris dafür sorgte, daß anstelle der anfänglich angebrachten schwarz-weiß-roten Farben die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold bei der Ausmittlung des Plages der Deutschen Delegation gezeigt wurden. Eine Selbstverständlichkeit, über die eigentlich kein Wort weiter verloren werden dürfte. Zumal auf die letzte vom Reichspräsidenten unterzeichnete Flaggverordnung ausdrücklich bejagt.

„Die geschäftlichen und konsularischen Behörden des Reichs an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seebandenschiffen angefahren werden, führen außer der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge die Handelsflagge.“

Die einzigen Farben, die also in Paris als Farben des Deutschen Reiches gezeigt werden können, sind Schwarz-Rot-Gold. Außerdem aber hat Frau Else Lüders ausdrücklich festgestellt, daß ihre Anordnung auf Grund eines Mchbeispruchs der Teilnehmerinnen an der deutschen Delegation erfolgte. Und sie mußte weiter festhalten, daß ihre Angreiferinnen, die die Verdächtigungen gegen sie austreten, sich soweit vergaßen, einen selbstverständlichen Akt deutscher nationaler Würde, in Gesprächen mit Ausländerinnen verächtlich zu machen. Else Lüders stellt dies fest. Und man sollte eigentlich annehmen, daß die Geschäftlichen und Konsularischen Behörden die kleinen Lokalblätter, in Halle beispielsweise das Organ des Luftensbundes, weiter. Man wiederholt hier nicht nur die Verleumdungen gegen Else Lüders, sondern verteidigt sich sogar zu der geistigen Frage, ob „nationale“ Frauen mit Frau Dr. Lüders fernher noch im „Bund deutscher Frauenvereine“ zusammenarbeiten könnten.

Wir möchten dem Urteil aus dem Bund deutscher Frauenvereine über diese Frage nicht vorgreifen, glauben aber zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß Anhängerinnen des Luftensbundes, die in dem Eintreten für die verfassungsmäßigen deutschen Farben im Auslande die Veranlassung zu Geschäftsreisen und Schmähen gegen eine deutsche Frau erbilden, Charaktereigenschaften bloßlegen, die bei urteilsfähigen Menschen Bedauern auslösen müssen. Charaktereigenschaften, aus denen man auch schließen muß, daß ihre Trägerinnen in düntelhafter Berzigtheit sich über die einfachsten Gebote deutscher Pflichtgefühls hinwegsetzen und damit der Erinnerung an jene deutsche Frau, nach der sie ihren Bund benennen, alles andere als gerecht werden.

Halle. † Frau Minna Gaudig, ein treues Mitglied des demokratischen Vereins und der demokratischen Frauengruppe, ist nach längerem Leiden verstorben. Der treuen Gesinnungsfreundin folgt unter ehrendes Gedächtnis.

Halle. (Die Halleischen Zeitungen gegen die Lessing-Hetze.) Wie wir nachträglich erfahren ist, die Haltung des Vorstandes der Halleischen Studentenschaft in der Lessing-Affäre, der bekanntlich der Hannoverischen Studentenschaft ein Sympathietelegramm geschickt hatte, innerhalb der Studentenschaft nicht unumwiderrprochen geblieben, wenn man auch bei der Rundgebung der Studentenschaft in den Hallia-Sälen die Opposition nicht zu Worte kommen ließ. Die freitudentische Minderheit an der Universität Halle-Wittenberg hat in einem Schreiben an den Preussischen Kultusminister ihr Bedauern über die Kampfmethode der hannoverschen Studentenschaft und den vorliegenden Schritt des Halleischen Vorstandes ausgedrückt und den Minister gebeten, fest zu bleiben, ohne damit die Handlungsweise des Professor Lessing zu deden. Das Schreiben war unterzeichnet von je einem Vertreter rechtsstehender, republikanischer, auslandsdeutscher und christlicher Freitudenten.

Weißenfels. Das Sommer- und Kinderfest der D. D. P. fand Sonntag im schönen, schön geschmückten Garten des Bahnhofsrestaurants Beilung statt. Der 2. Vorhänger, Kaufmann-Kogner, begrüßte die erschienenen Parteifreunde von Weißenfels und Raumburg nebst Familien sowie die Reichsbannerkameraden mit herzlichem Worten, betonte, daß diesmal, wenn die Veranstaltung in erster Linie zur Beilung der Jugend gedacht sei, auch für genügende Unterhaltung der Erwachsenen gesorgt sei. An Stelle des Kreismedizinalrats Dr. Kühnlein sprach Herr stud. jur. Müller, beglückwünschte die Jugend und den Gelöbten umwandelterer Treue zur deutschen Republik und deren Farben schwarz-Rot-Gold. Von den Mädchen und Knaben aufgeführte Flugblätter fanden ebenso wie die sich anschließenden Gruppenübungen förmlichen Beifall. Bei flotter Konzertmusik waren die Stunden nur zu schnell verfloßen. Nachdem noch die Verteilung der Geschenke an die Kinder sowie die Schluß- und festigen Preise vor sich gegangen, ging es unter Vorantritt der Raumburger Reichsbannerplatt beim Schein bunter Campions zurück nach Weißenfels. Alles in allem ein schönes Fest.

D. D. P. Ortsverein Weißenfels. Montag, den 5. Juli, abends 8 Uhr Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“ (Vereinszimmer). Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag: Rudolph Müll, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

0.37
0.28
0.58
1.52
0.92

Saison **Ausverkauf**

Beginn:
1. Juli

Vernichtung
aller bisherigen Preise

Julius Wertheimer

DAMEN- u. KINDER-BEKLEIDUNG / MAGDEBURG BREITWEG 175/77





Besuchen Sie uns bitte
während des

Saison-Räumungs-Ausverkaufs

Warenhaus
GEBR. BARASCH.

Wenn einer eine Reise tut bedarf er verschiedener Neuanschaffungen

Wir empfehlen:
 Regenmäntel von Mk. 6.75 an
 Sommermäntel, schwarz u. bisterfarben von Mk. 11.60 an
 Leichte Mäntel, sportfarbig von Mk. 11.75 an
 Regenmäntel von Mk. 10.60 an
 Sommermäntel von Mk. 24.00 an
 Gummi-, Leder-, Alpin- und Reijemäntel sehr billig.
 Kleider in jeder Stoffart und Ausföhrung gleichfalls zu niedrigen Preisen.

Spezialität: Bekleidung für sehr starke Figuren.
Mäntelhaus Neues Schloß
 Magdeburg, Breiter Weg 150
 Eingang Gr. Münst. 1. Hausflur

Siebert & Würbach :: Magdeburg.
 Inhaber: Richard Siebert
 Große Münst. 16. Fernsprecher 7230
 Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
 Wein und Spirituosen.
 Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weinig
 Frankfurter Apfelwein von Adam Radkes.
 Biererung frei Haus.

Allstädter Bürgersäle
 Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
 Inhaber Ferd. Preuße

Säle
**Vereinszimmer
 Speiserestaurant**

Zurück
Augenarzt Dr. Simon

Meyer Michaelis
 Gr. Marktstr. 10 — Fernspr. 1424
 Gr. Marktstr. 10 — Fernspr. 1424
 Günstigste Bezugsquelle
 für Sohle-, Oberleder u. sämtliche
 Schuhmacher-Bedarfsartikel

Sonniges,
 geräumiges
 möbiliertes
Vorderzimmer
 ist sofort zu
 vermieten.
Neumann
 Marienstraße 14 l.

Georg Dallbor
 Kleidermacher
 Schindlerstraße 7.
 alle Arten Kleider, sehr
 billig und schön, werden
 gründlich repariert unter
 Garantie. Hülsen, Steppen,
 Siefelbänder, etc. sehr preis-
 wert. Gewänder 1898.

Hohenzollern-Park.
 Jeden Dienstag, Mittwoch,
 Donnerstag von 4 Uhr ab
Kaffee-Konzert
 mit
Kleinkunst-Bühne.
 Eintritt frei. Eintritt frei.

Parkrestaurant Vogelgesang
 berücht durch seinen uralten Baum-
 bestand und durch seine wunderbaren
 Rosen- und Dahlien-Anlagen, die be-
 deutendsten der Provinz.
 Sonntags:
Gesellschafts-Ball.

Jalousien, Rollläden,
 Fußbodenholzmatten
 Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
 gegründet 1871.
 Magdeburg, Beiläufigstr. 24, Tel. 922.

Saison- Ausverkauf

Am 1. Juli begann unser alljährlich von Vielen
 erwartete Saison-Räumungs-Verkauf. Er
 bringt in diesem Jahre besondere Preisvorteile
 in allen Abteilungen. Beachten Sie die billigen
 Preise in unseren Schaufenster!

Für Herren:

Sakko-Anzüge	<small>schönematerialierte Stoffe</small>	jezt m. 19.— 25.— 36.— 48.—
Sakko-Anzüge	<small>Wolle und Gabardine</small>	jezt m. 60.— 68.— 80.— 90.—
Sport-Anzüge	<small>Chamois und Cord-Stoff</small>	jezt m. 24.— 39.— 52.— 65.—
Sport-Anzüge	<small>2 T. mit 2 Hosen</small>	jezt m. 74.— 84.— 90.— 102.—

Ganz besonders billiges Angebot!!!
 Rock und Weste m. 25.— 35.— 50.— 70.—
 Vorrätig auch für starke Herren.

Sommer-Mäntel	jezt m. 19.— 27.— 34.— 45.—
Bozener Mäntel	jezt m. 16.— 21.— 29.— 35.—
Regen-Mäntel	jezt m. 19.— 27.— 34.— 45.—
Sommer-Modenjoppen	jezt m. 7.20 9.50 12.— 15.—
Windjacken	<small>impregniert</small> jezt m. 7.— 9.— 12.— 17.—
Fantasia-Westen	jezt m. 4.— 5.30 6.70 8.—
Hosen	<small>gestreift</small> jezt m. 4.25 5.90 7.— 8.50
Sport-Hosen (Breeches)	jezt m. 5.90 6.90 8.— 10.—
Wash-	<small>jezt m. 5.90 7.75</small> Woll- jezt m. 15.90 19.80
Tennishosen	<small>jezt m. 8.50 10.80</small> Tennishosen jezt m. 21.60 25.20

Für Knaben und Jünglinge:

Jünglings-Jacketts)	jezt m. 18.— 23.— 28.— 33.—
und Sportanzüge)	jezt m. 39.— 45.— 51.— 56.—
Schlupf- u. Kletteranz.	jezt m. 7,50 10.— 15.— 20.—
Manch. u. Stoffanz.	<small>Größe 2</small> jezt m. 5,20 6,50 9.— 12.—
Sommer-Mäntel	<small>blass u. farbig</small> jezt m. 8,50 12.— 16.— 20.—

Wash- und Tiroler Sachen

im Preise ermäßigt.

Auto- und Chauffeur-Kleidung

bedeutend im Preise herabgesetzt!

Herren-Leder-Mäntel	jezt m. 80.— 100.— 150.— 175.—
Damen-Leder-Mäntel	jezt m. 100.— 150.— 200.—
Damen-Leder-Jacken	jezt m. 75.— 110.— 130.— 150.—
Dam. u. Herr. Lederwest.	jezt m. 30.— 40.— 55.— 60.—
Herren-Leder-Hosen	jezt m. 45.— 50.— 55.—
Chauffeur-Anzüge	jezt m. 60.— 75.— 85.—
Chauffeur-Mäntel	jezt m. 60.— 75.— 85.—
Diener-Anzüge	<small>bleich, in grau, grün, braun</small> jezt m. 76.—

H. Esders & Co.
 Erstes und größtes Herrenkleidungshaus am Plage.
 Magdeburg, Breiter Weg 45/47.

Wir bedienen Sie billig!
in unserem **SAISON-
 RÄUMUNGS-
 VERKAUF**
Siegfried Cohn
 WEBERETWAREN * BREITENWEG 58/60

Saison-Ausverkauf

In allen Abteilungen Angebote von nie gekannter Billigkeit!

Soweit Vorrat



Strichformen für Damen 2,95 1,95 0,95 0.50	Jugendliche Hüte mit Band oder Blumen garn., mod. Formen u. Farben 3,95 2,95 1,95 1.45	Kinder-Mützen für Knaben und Mädchen, aus Wolstoff 0,95 0.75	Herrendentuch 80 cm breit, Meter 0,58, 0,48 0.37
Damenhüte mit Band und Blumen garniert 0.95	Eleg. Damenhüte aus feinem Stoff, mit Blumen oder col. Netzen garn. 4,95 3,95 2.95	Bubi-Hüte für Kinder in den schönsten Farbenstellungen 0.95	Handtücher weiß, Gerstenkorn, mit roter Saumt, gest. und geb., Stk. 0,48, 0,38 0.28
Wäscheide in Nierenform 1,45 1,25 1,10 0.88	Rehleide naturfarbig ca. 90 cm breit Meter 3,80 2,90 2.50	Milanoise-Trikot in feil gefl. ca. 140 cm br. in apart. Farb., 17 d. mod. Unterkleid. Ultr. 4.80	Damenhüte weiß, Gerstenkorn, mit roter Saumt, gest. und geb., Stk. 0,48, 0,38 0.28
Dam-Strümpfe pa. Seidenfaser m. Naht, Doppelst. u. Hochfaser, mod. Farb., Paar 1,25 0.95	Herren-Socken mit doppelten Spitzen und Perlen gest. Paar 0,48 0.25	Herren-Socken prima Seidenwolle, m. dopp. Spitzen und Perlen, farb. Paar 0,88 0.35	Wälder-Schere für Feinwolle, Deckbreite Meter 0,98, Kantenbreite Meter 0.58
Wälder-Schere ca. 5,5 cm breit Stück = 3,85 Meter 0.58	Maschinen-Klöppelspitze u. -Einsatz 0.65	Wälder-Schere aus feiner Edwolle, Deckbreite Meter 0,98, Kantenbreite Meter 0.58	Linon für Feinwolle, Deckbreite Meter 0,98, Kantenbreite Meter 0.58
Jumper-Unterteile reistain mit breiter Schärpe und Hochlammeträger 1,25 0.95	Hemdholer aus feiner Edwolle, Deckbreite Meter 0,98, Kantenbreite Meter 1.95	Damen-Hemden mit Vollschofel oder Träger, mit Schärpe oder Vansette 1.35	Haus Tuch für Vertikale, volle Breite Meter 1,65 1.52
Selbstbinder in moderner Ausstattung 0.50	Herrn-Einlatzhemd baumw. weiß, 2 Knöpfe, mit Kragen oder Revers 1.75	Damen-Hemden weiß, 2 mal 2 gefürdt., mit schmalem Revers 0.45	Satintreifen für Bettbezüge, Deckbreite Meter 1,45, Kantenbreite Meter 0.92
Br. Muffeln-Tmital. in verschiedenen Mäßen ca. 90 cm breit Meter 0.35			
Trepelin reißende Druckmasse Meter 0,75 0,58 0.50			
Baumrinden-Trepe in weiß und vielen modernen Farben Meter 0.55			
Trepe marocain 100 cm breit, einstückige Schürung. Meter 0.95			

Lange & Münzer
 Magdeburg BREITENWEG 51-52 Magdeburg

Aus Pa
 Verlegung
 gelausicht b
 vom 30. Juni
 einer Verleg
 drei Gesell
 mit den Wag
 hilfsat
 Der den
 Ge r r t r ä h
 Dr. Humm
 auf Reichs
 und dessen
 Hochmalter
 dem „Demot
 Unterredung
 und die zu t
 Die Höhm
 Verleide in ab
 besonders für
 ungewöhnl
 Söhnen, denn
 und Getreide
 alle der Sch
 begeben.
 Bei den
 zu berücksicht
 weh in einig
 größere Zeit.
 Ge ertracht f
 in des betro
 auch im Bes
 mittel vernid
 möglich, ihr
 Teil in ander
 geben. Die
 fragen, da is
 möglich ist.
 Präparatiese
 und sich aus
 wenn die G
 Mitte Augu
 und im wo
 ein, aber für
 natürlich mit
 Staat einzu
 allen große
 zu dem
 wird, „Aber
 Reich bei
 zten Jahre
 die Schließ
 und nach W
 anspiringen
 tion weiß h
 me des Reich
 freundliche K
 in erit mögl
 Dr. Ber
 und die über
 usifikation
 Der Re
 ung zu er
 um die du
 e a 16
 Die m
 den Demot
 ter.
 Die ung
 te — Wol
 anders in
 verkehrend
 schliegen s
 wurde Sif
 diese Siffr
 In Bere
 schäfergier
 um zu Ruff
 Der Lan
 um zu er
 um sofort
 profieren ein
 1. durch
 2. durch
 3. durch
 sofort
 punkte
 Reichs
 Das zu
 Am Sa
 der Reichs
 der Minister
 hines und
 besorgte
 Das zu
 schiedm
 begeben



Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Verkaufspreis: 10 Halbpennig monatlich postweise 6 Halbpennig. — Bestellungen nehmen alle zulässigen Buchhändler, Zeitungsverleger und die Verlagshandlung (Salle, Hauptstraße Nr. 21) entgegen. — Preis: 10 Halbpennig. — Inhalt: über Politik, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Sport.

Anzeigenpreis: für die schmalste Seite 10 Halbpennig. — Anzeigen im Rahmen 1 Mark. — Anzeigenmacher durch den Verlag. — Bestellungen nehmen alle zulässigen Buchhändler, Zeitungsverleger und die Verlagshandlung (Salle, Hauptstraße Nr. 21) entgegen. — Preis: 10 Halbpennig. — Inhalt: über Politik, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Sport.

Nummer 27

Salle (S.), 3. Juli 1926

2. Jahrgang

Parlamentarische Spielerei.

Schachspiel statt Politik — Politische Ausbalancierung — Die Grenzen der Deutschnationalen — Das bayerische Zwischenpiel — Hermann Müllers Kampf mit den Radikalen — Die überwältigende Minderheit — Die falsche Taktik des Zentrums — Keine Auflösung — Nahende Sommerferien — Die Anfragen bei den Ratsmächten — Deutsche Vorsicht — Das doppelköpfige Kabinett Briand — Diktator Caillaux — Spanische Verschwörung.

Sonderlich erfreulich muten die Vorgänge im Reichstagsgebäude an, und sie werden nicht durch den Versuch nähergerückt, daß sie im Grunde nur eine Wiederholung des unersättlichen Spiels im Wechselschiff darstellen. Dem Ansehen des parlamentarischen Systems dienen sie nicht, und jeder, der im Rahmen der Demokratie allein die Wiederaufbaumöglichkeiten für Deutschland sieht, muß wachsend seine Stimme erheben. So geht es nicht. Wie von der Einzelpersönlichkeit, verlangen wir auch vom Parlament den Mut zur Verantwortung, der über Schwierigkeiten einfach hinweggeht, wenn es das Staatswohl erfordert, auch auf die Gefahr hin, daß man im letzten Endpunkt dieses Vorgehens nicht verliert. Was wir erleben, ist das Gegenteil. An ein Schachspiel erinnert es, an ein Hin- und Herbewegen von Figuren, bei dem man selbst so wenig wie möglich wagen möchte. Und dabei liegen die Dinge einfach genug. Der Volkswille hatte 15 Millionen zur Urne gerufen. Die dahin überbrachten waren mindestens zur Hälfte der Ansicht, daß eine entscheidungslose Entsetzung der Würde der deutschen Republik nicht entspricht, aber die bedingungslose Anerkennung fürstlicher Vorkämpfer mindestens ebenso schwer zu ertragen sei.

Damit war die Stellung gegeben. Ein Verhandeln nach rechts kam kaum noch ernstlich in Frage. Das erhellte auch die Deutsche Volkspartei, als deren Vorkämpfer Dr. Brüning mit anerkennenswerter Deutlichkeit aus sprach, daß die politische Ausbalancierung wichtiger sei als die politische Beschäftigung harter Rechtsformeln. Selbst die Deutschnationalen haben, freilich durch den Mund des Herrn von Lindener-Wildau, der zu den gemäßigten gehört, sich die Lippe zu eigen gemacht, daß der 9. November die Rechtsverhältnisse geschaffen habe und deshalb neues Recht geschaffen werden müsse. Weiter wollten sie nicht gehen, und man muß ihnen zugestehen, daß es tatsächlich die äußerste Grenze war, die sie nicht überschreiten durften, wenn — sie nicht endlich das Verkenntnis zur neuen Staatsform ablegen wollten. Diese Mauerung aber steht erst einer späteren Zeit bevor, auch wenn die Kölnische Zeitung ihnen noch so freundlich in das Gewissen redet.

Damit aber war die tatsächliche Stellungnahme gegeben. Nur mit der Sozialdemokratie konnte man eine Mehrheit schaffen. Die Deutschnationalen ohne die Linke hätten auch praktisch wenig genutzt. Verständlich genug, daß Rosenfeld und Landsberg Forderungen anmelden. Aber einzelne ließ sich auch im Sinne der Mitte durchsagen. Nur bestand die Gefahr, daß dann die Koalition darüber auseinanderfiel. Die Bayerische Volkspartei, die eigentlich mit verstrickten Armen abwarten durfte, was geschehen würde, denn ihre Mittelwähler haben den Verzicht in der Tat, hielt es für unbedingt erforderlich, mit der Rechten gegen einzelne Paragraphen zu stimmen. In der Wandelhalle geht ein Gerüchte, daß man sogar in München das nicht reiflos gebilligt habe. Von einem Telegramm ist die Rede, in dem Dr. Leistikow und Pfeleger gebeten werden, Zugeständnisse zu machen, soweit es überhaupt möglich sei. Auch in der Volkspartei wächst die Erkenntnis, daß man die Frage endlich aus der Welt schaffen möchte. Wir versetzen nicht ganz, weshalb man einige Wünsche der Genossen nicht erfüllt hat. Rückwirkende Kraft, wenn sie an die Bedingung geknüpft bleibt, daß die Ansprüche innerhalb weniger Monate angelehnt werden müssen, hätte kaum ernstlichen Schaden gestiftet. Die Länderregierungen in Bayern, Baden und Württemberg, in Oldenburg und vermutlich auch in Sachsen und Anhalt, hätten von diesem Recht doch keinen Gebrauch gemacht. Man hätte bei uns immer über Zwirnsindien.

Aber damit alleine wäre auch nichts getan. Die Sozialdemokratie selbst hatte Entgegenkommen zu beweisen. In den Führern lag es diesmal nicht. Hermann Müller hat es ihm zu Ruhm und Ehre gesagt, er die kleinen Parteien haben nicht die Zeit, sie lassen nur hinaus in die Welt. Was der Regelfuß „Neue Menschheit“ in Kleinfeldersdorf beschließt, ist für sie der Ausdruck höher Weisheit, denn dieser Klub verfügt über Stimmen, und für gewissenhafte Abgeordnete heißt es noch immer: leitet die Mandate. Innerhalb der Sozialdemokratie obliegt es sich an Ringen, auf das wir mit besonderer Aufmerksamkeit zu achten haben. Der Radikalismus drängt

und schiebt vorwärts, und es wird den politisch einsichtigen Elementen schwer, sich gegen seinen Ansturm zu behaupten. Als der Reichstag in die zweite Sitzung eintrat, war alles dort, wütend und leer und Zerstörnis lag über dem Reichstag. Nur aber begann jenes Spiel, das den Reichstag der Rechten verlor. Wieder wurden die einzelnen Paragraphen mit einer überwältigenden Minderheit angenommen. Deutschnationalen und Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Dagegen fanden nur die Kommunisten und die Trümmer der nationalsozialistischen Partei auf. Zum Ehrentage war sogar die Freiheitspartei erschienen, der bei einer Niederlage nicht fehlen darf. Wo gegen das Reich Unheil ausgebrochen wird, muß er dabei sein. Der zweite Paragraph fiel sogar. Eine Linke hatte Herr Neubauer von den Kommunisten witterte Morgenstau und forderte den Abbruch der Beratung, forderte sofortige Auflösung des Reichstages. Was er sich davon verpaidet, ist nicht ganz klar. Die Medienbürgerlichen Landtagswahlen haben bewiesen, daß auch der Sowjetstern nicht mehr am Himmel so hell leuchtet wie noch vor Zeiten. Niemand weiß, was kommen wird. Ungeachtet genug stellte das Zentrum die Auflösung an das Ende und verheißte damit nur den Widerstand der Radikalen innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Hermann Müller wird ihnen für diese generelle Taktik nicht übermäßig dankbar gewesen sein.

Wenn das Geleik nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit erhält, sehen viele Wege noch offen. Wir haben uns an dieser Stelle dafür eingesetzt, daß der Reichspräsident, die Verfassung gibt ihm dazu die Möglichkeit, die Vorlage einem neuen Volksentscheid unterbreitet. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Auch eine Verfassung ist denkbar. Die Stimmung läßt sie sogar als wahrscheinlich erkennen. Dann aber können die Parteien, wenn sie gut beraten wären, und ihre Organe reden ihnen eindringlich zu, mit neuen Vergleichsvorschlägen kommen, die sich im Rahmen des Kompromissmäßigen halten und für die Länderregierungen Preußens und Thüringens annehmbar wären. Gerade aber weil diese Möglichkeit noch immer besteht, ist das Spiel der Sozialdemokratie ein äußerst gefährliches. Die Annahme eines solchen Vergleiches könnte vom Volke jubelnd begrüßt werden. Die Linke hätte dann eine Schlacht verloren. Auch daran sollte man rechtzeitig denken.

Nur wenige Tage noch trennen uns von den Sommerferien. Monate hindurch hat dann die Reichsregierung Zeit, sich auf andere Aufgaben vorzubereiten. Und es gibt solche, die noch wichtiger sind als die Fürstenabfindung. Schon hat man in Paris und London, in Rom und in anderen Hauptstädten der Ratsmächte vorfristig angeknüpft und um Auskunft gebeten, ob im Herbst die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gesichert sei. Nur dann werde man überhaupt in Genf erscheinen. Die Antworten kennen wir zur Stunde noch nicht. Der Schritt war richtig. Ein zweites Mal werden wir nicht in der Vorballe warten. Diesmal müssen schon am Bahnhof Ehrenposten für uns errichtet sein und die weißgekleideten Ehrenjungfrauen für uns bereitstellen. Eine Wiederholung des Spiels, mit dem man am Tac Serman den Frühlingssanfang gefeiert hat, würde unserer Stellung in der Welt nicht ganz entprechen. Auch Herr seinen Rat sich nicht, sondern Erklärung vor der Kammer im Stil von Locarno geben, Verträge auszubauen, die nur im Völkerbund, und das ist nicht von der Hand zu weisen, zu werden wir uns, und nicht vor allein, auf jene Abkommen zurückgehen müssen, die eine Neuierung in der Geschichte der Diplomatie bedeuten und vielleicht gerade deshalb den großen Zukunftsgedanken darstellen.

In diesem Sinne versetzen wir auch mit besonderer Genugung, daß Kritik Briand sein 10. Kabinett gebildet hat. Das Doppeltippige nennt man es in Frankreich. In der Tat steht neben dem Kapitän ein erster Offizier, von dem man weiß, daß er zu Insubordinationen neigt und der vorfristig genug für vor der Anwerbung einen Kontrakt mit wegehenden Vollmachten ausstellen lieh. Frankreich hat heute auf seinen Staatschef seinen ersten Politiker und seinen ersten Finanzmann an Bord. Joseph Caillaux, dessen Geschichte so eigenartig ist wie seine Persönlichkeit, kommt, angeknüpft nicht nur mit den Vollmachten des Diktators sondern auch mit der dafür unbedingt notwendigen Rückfahrscheinigkeit. Nun kann die

Stabilisierung des Franken beginnen, scheitert sie, so ist der Währungsgerall nicht aufzuhalten. Es ist eine Schicksalsfrage, vor die sich Frankreich gestellt sieht, und die Kammer, die sonst ein ähnliches Schauspiel bietet wie der deutsche Reichstag, wird sehr gewissenhaft ihre Beschlüsse prüfen müssen.

Die Vorgänge in unserem westlichen Nachbarstaat sind wieder ein Beweis dafür, daß nur die Persönlichkeit, die schon Goethe als das höchste Glied der Erdenkinder gepriesen hat, politische Probleme meistern kann. Ein Diktator, dem diese weltlichen Voraussetzungen fehlen, wird auch mit der Anwendung von Gewalt sich auf die Dauer nicht behaupten können. General Primo de Rivera kämpft verzweifelt um die Macht in Spanien. Die Verschwörung, die einen gewaltigen Umfang angenommen hat, und offenbar, völlige Klarheit verhindert die Jentura, die in dem offiziellen Verschwörungstil als lächerlich bezeichnet. Niemanden käufst man damit. Wenn der 88-jährige General Weyler, der noch immer der Träger eines großen Kampfes ist, an diesen Kontinenten teilgenommen, so muß die Gefahr für die Diktatur riesengroß sein.

Noch immer schwärmen auch bei uns fürchte Elemente von der Diktatur als einem Mittelmittel. Die Erfahrungen in Griechenland, Spanien und Portugal haben sie offenbar nicht belehrt. Wie gebannt sehen sie auf Mussolini und vergessen, daß er der Ausdruck eines Volkswillens ist. „Die Macht würde verloren, wenn ihn nicht die Bedenken der Nationen, die er demag nicht imstande ist, zu verhindern, das ihm geteilt Blindlingsfrage zu sein.“ Erst die

Parlamentarische Parteien zu schlingen. Besser gewandte Parlamentarier werden wir, wir den nächsten Reichstag.

Die Deutschen keine Mitglied-... zum Freun-... es damals... seine Inter-... empfindlich lagen... einem Tode zum... Partei. Rohrbach Krieg verloren... die politische Erziehung des Volkes zu sehr vernachlässigt hatte. Für seinen jedoch kämpfte seit langem dagegen, daß Professor Quide Mitglied der Partei bleibe. Quide habe als Vorsitzender der Friedensgesellschaft mit einem radikal-pozitivistischen Mitglied der Partei nicht zulässig seien. Der Konfessionsauschuss der Partei hat nach langer Untersuchung der Beweismittel einseitig gegen Rohrbach Stellung genommen, aber zu einem Ausschluß Quides keine Veranlassung gegeben, da die verurteilten Dortmund Beschlüsse der Friedensgesellschaft gegen den schärfsten Widerspruch Quides aufstehen gekommen seien. Noch ehe der Vorstand der Partei sich mit der Sache befaßt konnte, ist Rohrbach jetzt ausgetreten. In zweiter Linie nimmt er Anstoß an dem Beschluß der Partei, die Abtunung zum Volksentscheid jedem Parteimitglied zu überlassen. Im übrigen erklärt Rohrbach: „Erfolge nach außen sind nur möglich auf Grund des demokratischen politischen Prinzips.“ Die daraus sich ergebenden innerpolitischen Auswirkungen sind in Kauf genommen worden. Rohrbach selber aber war nicht bereit, die innerpolitischen Wirkungen hinzunehmen. Sein Austritt wird an dem nationalen, demokratischen und sozialen Prinzip

